

lehnt hat, in einer Nacht- und Nebelaktion. Der Brotproduzent Schiesser verpflichtete sich die Milliarden Schulden für die 190.000 Wohnungen zu übernehmen. Ein Bäckermeister aus Berlin kaufte das marode Unternehmen für Eine Deutsche Mark. Er wehrte sich danach vergebens als Strohhalm der Gewerkschaften verdächtigt zu werden. Die Gläubigerbanken mit Ausnahme der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft akzeptierten den Verkauf nicht. Die Gewerkschaften mussten sechs Wochen nach dem Deal die Wohnungen mit Verlust zurück kaufen. Die Gläubigerbanken zwangen den DGB, für die entstandenen Verluste, die Verbindlichkeiten betrugen 16 Mrd. Deutsche Mark, aufzukommen. Die Gewerkschaft verkaufte den Wohnungsbestand an die Bundesländer mit SPD-Regierungen und private Unternehmer in Bayern und Baden-Württemberg. Im Zuge der Abwicklung musste der DGB danach weitere Unternehmen verkaufe, u. a. die Bank für Gemeinwirtschaft, bei der die SPD vermutlich mit über 140 Millionen Deutsche Mark als Schuldner in der Kreide stand. Vielleicht wird nun verständlich, dass weder der damalige Bundeskanzler Schmidt noch die Bundesschatzmeisterin ein Interesse an Nachforschungen in den Archiven der SPD hatten.

Der Beginn einer „erfolgreichen Geschäftsbeziehung“

Im Jahre 1970 reiste eine Delegation deutscher Sozialdemokraten nach Israel. Dabei waren einige gewichtige SPD-Persönlichkeiten; - Herr Herbert Wehner, spätere Fraktionsvorsitzender und zweiter (oder erster) Mann in der SPD, Herr Alfred Nau, seit 1946 Schatzmeister der SPD und Vorsitzender der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung, Herr Walter Hesselbach, Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft und Präsident des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung (ein beratendes Gremium mit 67 Mitgliedern) und der Geschäftsführer der Fraktion und Intimus des Fraktionsvorsitzenden Wehner, Karl Wienand (dieser Name wird dem Leser noch häufiger begegnen). Gemeinsam mit israelischen Gesinnungsgenossen gründeten sie die Fritz-Naphtali-Stiftung, deren offizieller Zweck die Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit beider Staaten sein sollte. Ihre tatsächliche Funktion of-

Stiftung die Leitstelle für die Verschiebungen war und die SPD-Schatzmeisterei als Nutznießer des transferierten Geldes entlarvt wurde. Über diese riesigen Summen der Fritz-Naphtali-Stiftung, die auf Konten der Internationalen Genossenschaftsbank in der Schweiz lagerten, verfügte gemäß dem Treuhandvertrag ausschließlich Herr Hesselbach. Aber es gab auch ein Kuriosum zu begreifen; die mit über 100 Millionen Deutsche Mark verschuldete SPD soll, verfolgte man die Geldbewegungen nach Verlautbarungen der ermittelnden Staatsanwaltschaft, die israelische Arbeiterpartei mit Geldbeträgen in siebenstelligen Summen unterstützt haben. Der Geldfluss mündete in die israelische Gewerkschaft Histadrut. Die enorme Schuldenlast der SPD im Inland und trotzdem eine großzügige finanzielle Unterstützung israelischer Institutionen durch die SPD? Warum musste der Geldtransfer in der Illegalität stattfinden? Niemand in Deutschland hatte gegen eine legale, offene Hilfe über die Friedrich-Ebert-Stiftung etwas einzuwenden, - welche Logik begründete damals das Handeln der Parteimanager? Eine Rück Erinnerung an ein anderes Ereignis, den Iran-Irak-Krieg, - die Aktivitäten des Bundessicherheitsrats und die Rolle des Bundesnachrichtendienstes bei Rüstungsexport aus Deutschland in den Jahren 1980 bis 1988 würden die geheimnisvollen Geldtransfers erklären und die fragwürdigen Finanzmanipulationen der Parteien in einen zwar verwerflichen aber logischen Zusammenhang bringen. Man müsste sich daran erinnern, dass seit 1980 im Mittleren Osten ein erbarmungsloser Krieg zwischen dem Iran und dem Irak tobte.

„Fritz Naphtali war bis 1933 Cheftheoretiker der Gewerkschaften und Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates der SPD. Flüchtete 1933 vor den Nazi nach Palästina. Er war Wirtschaftsberater der israelischen Regierungen und in der Regierung des Ministerpräsidenten Ben Gurion Minister.
Naphtali starb 1961.“

Etwa die Hälfte der Beträge fand sich wieder bei der Naphtali-

Stiftung in Basel/Schweiz, über die der Vorstandsvorsitzende der Bank für Gemeinwirtschaft, Walter Hesselbach, die vertraglich zugesicherte uneingeschränkte Verfügungsgewalt hatte.

1975	3.860.000 Deutsche Mark
1976	5.201.000 Deutsche Mark
1977	490.000 Deutsche Mark
1978	2.200.000 Deutsche Mark
1979	2.430.000 Deutsche Mark
1980	6.010.000 Deutsche Mark
1981	850.000 Deutsche Mark

Kleinere Beträge waren auf einem Stiftungskonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft in Frankfurt verbucht, aber das meiste Geld hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung auf den Konten 13365113 und 14169113 bei der Internationale Genossenschaftsbank in Basel/Schweiz deponiert. Die Zwischenergebnisse der Ermittlungen erlaubten die Vermutung, dass bei gemeinsamen illegalen Geschäften deutscher und israelischer Funktionäre nach vertraulichen Absprachen der Gewinn unter den Nutznießer aufgeteilt wurde. Einen bis heute nicht geklärter geheimer Finanzvorgang lässt sich grob wie folgt beschreiben: Man transferierte das der SPD zugeordnete „unsaubere“ Geld aus möglichen Rüstungsexportgeschäften über das Internationale Bankensystem zunächst zur Geldwäsche an die nicht antastbare Fritz-Naphtali-Stiftung in die Schweiz, später lenkte man den von den Stiftungskonten abfließenden Geldstrom gemäß geheimer Absprachen nach Israel und auf die Konten der Friedrich-Ebert-Stiftung bzw. der SPD. In Israel legte man auf den Reinheitsgrad von Geld weniger Wert und in Deutschland bezweifelt nur ein „Antisemit“ die Reinheit von Geld, das von einer „ehrbaren“ israelischen Institution überwiesen wurde. Heute stellt sich nicht mehr die Frage, sind illegale Geschäfte getätigt worden, sondern die Frage reduziert sich auf die Interrogativpronomen „Welche“? Eine beweiskräftige Beantwortung dieser Frage würde schlagartig die nebulösen Vorgänge und ungeklärten Sachverhalte bei den Finanzaffären der Bundesdeutschen Parteien aufhellen. Auch die 7,7 Millionen Deutsche Mark, die der ehemalige Schatz-

meister der SPD, Alfred Nau, im Jahre 1982 für den Wahlkampf des SPD-Kanzlers Helmut Schmidt gesammelt haben soll, passen in der Größenordnung durchaus in die Auflistung der Schwarzgeldtransaktionen. Es ist auffällig, dass gerade in den Wahljahren der Geldstrom besonders üppig floss. Damit stellen diese Ermittlungsergebnisse zumindest ein Mosaik einer Beweisführung dar, dass ausländische Institutionen auf den Wahlkampf zugunsten einer Partei und damit auf die Innenpolitik Deutschland massiv Einfluss nahmen.

Jahrelang stand in den Geschäftsberichten der Friedrich-Ebert-Stiftung keine Zeile über diese gigantischen „Hilfeleistungen“; - erst ab 1986 widmete das Informationsblatt der Friedrich-Ebert-Stiftung dem „segensreichen“ Wirken der ausländischen Hilfsorganisation (unser Partner in Israel) notgedrungen mehrere Seiten, um den Schein zu wahren. Aber die Staatsanwälte benötigten rückwirkend genauere Informationen über die als „segensreiches Wirken“ deklarierten dubiosen Machenschaften. Es gaben keinen Schriftverkehr über diese Geldtransfers in mehrstelligen Millionen, keine Belege und kein Nachweis über Herkunft und tatsächliche Verwendung der Gelder. Der Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung, Grunwald hatte eine plausible Erklärung:

Zitat:

„Mit Rücksicht auf das besondere Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel unterblieb die Belegführung“. Zitat Ende.

Daraus müsste man folgern, dass diese Geldtransfers in Zusammenarbeit oder/und im Einvernehmen mit staatlichen Dienststellen Israels und mit Billigung oder Duldung der Bundesregierung veranlasst wurden. Die Folgerung, wenn also bei den Geldtransfers besondere Rücksichtnahmen erforderlich waren, dann musste es sich zum einen um „Geschäfte“ mit nachrichtendienstlichem Hintergrund gehandelt haben, und das sind meistens Geschäfte mit Kriegsausrüstungen, zum anderen hatten die Akteure der Geschäfte offensichtlich wegen der brisanten Unrechtmäßigkeit das Licht der Öffentlichkeit gescheut. Es waren also keine hehre Ziele, welche die Friedrich-

Ebert-Stiftung in Israel verfolgte, sondern mit krimineller Energie betriebene Geschäfte. Die beleglose und generöse, undurchschaubare Abwicklung von Deals in Millionenhöhe konnten die ermittelnden Staatsanwälte nicht überzeugen.

Eine weitere Kuriosität verband sich mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bank für Gemeinwirtschaft, Walter Hesselbach, der die verschleierte Millionen Deutsche Mark nach Israel verschoben hatte. Der Treuhandvertrag mit der **Naphtali-Stiftung**, abgeschlossen am 27.10.1970 mit dem israelischen Vorstandsmitglied Akiva Lewinsky, sicherte Hesselbach bekanntlich alle Verfügungsgewalt über das Naphtali-Vermögen zu, das nicht in Israel lagert. Sein konspiratives Handeln erleichterte ihm der Umstand, dass er nebenbei Aufsichtsratsvorsitzender der Israel-Continental-Bank und Vorstandsmitglied bei der internationalen Genossenschaftsbank war. Trotz dieser engen Verzahnung zwischen dem „Deutsch-Schweizer-Israeli-Bankendreieck“, welches sich in der Person Hesselbachs manifestierte, erhielt angeblich der Vorstandsvorsitzende Hesselbach keinerlei Informationen über die Verwendung der Gelder. Auch versicherte er der Staatsanwaltschaft „treuherzig“, die Geldüberweisungen an die Friedrich-Ebert-Stiftung seien niemals nach Rücksprache mit ihm erfolgt und um die Verwendung des Geldes habe er sich nie gekümmert. Auch habe er nicht gewusst, dass Zahlungen der Friedrich-Ebert-Stiftung auf das Konto der Internationalen Genossenschaftsbank im ordentlichen Naphtali-Haushalt nicht verbucht wurden.

Mit den erfolgreichen Ermittlungen im Sumpf der **Naphtali-Stiftung** erhoffte die Staatsanwaltschaft endgültig den geheimnisvollen Spendenaktionen des früheren Schatzmeisters der SPD Nau auf die Spur zu kommen. Man befragte den Vorsitzenden der Partei Willy Brandt, den Geschäftsführer Peter Glotz, (der eigentlich, nachdem er nach dem überraschenden Rücktritt des Schatzmeisters Wischniewski den generösen Kassensturz veranlasste, detaillierte Kenntnis haben müsste) - keiner hatte angeblich einen blassen Schimmer über die „wunderbare Geldvermehrung“ bei der SPD. Nun ermittelten die

Jahr	Millionen Naphtali- Stiftung	Millionen F.-Ebert- stiftung	Anteil in % an die SPD
1975	6,713	3,86	57,5
1976	10,236	5,201	50,8
1977	8,264	0,490	5,9
1978	8,115	2,200	27,1
1979	8,318	2,430	29,2
1980	10,538	6,010	57,0
1981	4,206	0,850	20,2

Staatsanwälte beim früheren Schatzmeister Halstenberg. Sie stellten fest, dass der Förderbeitrag für die **Naphtali-Stiftung** von 1980 in Höhe von 6,91 Millionen Deutsche Mark „sehr nahe“ bei Nau's 6,27 Millionen lagen, die auf das Konto der Sparkasse Bonn für den „besonderen Wahlkampf“ des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt im Wahljahr zum Deutschen Bundestag 1980 eingezahlt wurden. Staatsanwalt Schütz vermutete, dass es sich bei den um zehn Prozent verringerten Rückflüssen um eine Art Provision (für wen?) handeln müsste.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung überwies auf das Konto bei der Internationalen Genossenschaftsbank nachfolgende Beträge:
 30.01.1980 740.000 Deutsche Mark
 25.02.1980 530.000 Deutsche Mark